

## Verteidigung und Sicherheit

Deutschland steht zu seiner sicherheitspolitischen Verantwortung in Europa und weltweit. Die Wahrung deutscher Handlungsfähigkeit erfordert auch in Zukunft die enge Kooperation mit europäischen Partnern und Verbündeten. Sie bedeutet zudem die Sicherstellung eines breiten und modernen Fähigkeitspektrums für die Bundeswehr. Die Reform und Neuausrichtung der Bundeswehr muss daher konsequent weitergeführt und zeitnah umgesetzt werden.

Deutschland hat sich wiederholt zum Ziel der NATO bekannt, die Verteidigungsausgaben auf 2% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu erhöhen. Ziel der neuen Bundesregierung muss es sein, eine deutliche Annäherung an das gemeinsame NATO-Ziel in der neuen Legislaturperiode zu erreichen. Nur durch einen signifikanten Anstieg der Investitionen in die militärische Ausrüstung und den damit verbundenen, umfassenden Fähigkeitsaufwuchs ist die Bundeswehr in der Lage, die an sie gestellten vielfältigen Herausforderungen wirkungsvoll zu begegnen. Militärische Luftfahrt ist erforderlich, damit ein Staat seiner ersten Pflicht nachkommen kann: dem Schutz seiner Bürger, denn Sicherheit ist das höchste Gut unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft. Die gemeinsame Fähigkeitsentwicklung mit europäischen Partnern, die nachhaltige F&T-Finanzierung und der Ausbau multinationaler Rüstungsk Kooperationen bilden hierfür den unerlässlichen Rahmen.

Der Beitragsfähigkeit der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie kommt mit ihrem technologischen Know-how und ihrer einzigartigen Struktur aus Systemhäusern und starker mittelständischer Industrie, die eine dynamische Symbiose bilden, hierbei eine strategische Bedeutung zu. Der Erhalt ausgewählter Schlüsseltechnologien und industrieller Fähigkeiten, insbesondere auch bei mittelständischen Unternehmen, ist für eine innovative, leistungs- und wettbewerbsfähige nationale Sicherheits- und Verteidigungsindustrie unverzichtbar.



### Dazu muss / müssen

- **die militärische Luftfahrtstrategie** konsequent umgesetzt, Folgemaßnahmen abgeleitet und langfristige F&T-Vorhaben des BMVg in einer umfassenden militärischen Technologie-Roadmap festgelegt werden. Die dafür benötigten Finanzmittel sind im Einzelplan 14 nachhaltig zu hinterlegen.
- **die Innovationsfähigkeit der Bundeswehr** als zentraler Schlüssel der Zukunftssicherung verstärkt berücksichtigt werden. Dies beinhaltet u.a. die Fähigkeit zur frühzeitigen Erkennung technologischer Trends. Zur langfristigen Deckung des Fähigkeitsbedarfs ist die Festschreibung einer Investitionsquote von 20% für Rüstungsinvestitionen und einer F&T-Quote von 10% notwendig.
- **die Beitragsfähigkeit der Bundeswehr** zur gesamtstaatlichen Cybersicherheit ausgebaut werden. Dies ist durch die angestoßene Neuorganisation der Verantwortlichkeiten, Kompetenzen und Aufgaben im Verteidigungsressort teilweise erfolgt. Als nächster Schritt ist eine enge Vernetzung mit Behörden, Forschungsinstituten und Industrie sicherzustellen.
- **die regulatorischen Rahmenbedingungen** für Entwicklung, Produktion, Zulassung und Betrieb **von unbemannten Luftfahrtsystemen** geschaffen werden. Eine Schlüsselaufgabe ist die sichere Integration von UAS in das bestehende Luftverkehrssystem sowie die Harmonisierung und Standardisierung entsprechender Vorgaben auf europäischer Ebene.
- **die Nutzung von kooperativen Modellen** zwischen Bundeswehr und Industrie unter Konzentration auf die jeweiligen Kernaufgaben konsequent vorangetrieben werden. International bewährte Vertragsmodelle sollten verstärkt auch national zur Anwendung kommen.
- **die Einsatzfähigkeit der Streitkräfte** dauerhaft gewährleistet werden. Hierzu ist die Aufstockung der Ausgaben für Materialerhaltung und die Nutzung bzw. der Ausbau von Flexibilisierungsmechanismen von Materialerhaltungs- und Beschaffungsmitteln im Einzelplan 14 notwendig.
- **die Exportbestimmungen für Verteidigungsgüter** auf europäischer Ebene harmonisiert werden, um möglichen Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der EU entgegenzuwirken und die deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie nachhaltig zu stärken.

Berlin, 06. Februar 2017